§ 0555d BGB

(1) Der [Mieter](#) hat eine Modernisierungsmaßnahme zu dulden.

(2) Eine Duldungspflicht nach Absatz 1 besteht nicht, wenn die Modernisierungsmaßnahme für den [Mieter](#), seine Familie oder einen Angehörigen seines Haushalts eine Härte bedeuten würde, die auch unter Würdigung der berechtigten Interessen sowohl des [Vermieters](#) als auch anderer [Mieter](#) in dem [Gebäude](#) sowie von Belangen der Energieeinsparung und des Klimaschutzes nicht zu rechtfertigen ist. Die zu erwartende Mieterhöhung sowie die voraussichtlichen künftigen Betriebskosten bleiben bei der Abwägung im Rahmen der Duldungspflicht außer Betracht; sie sind nur nach § [559 Abs. 4 und 5 BGB](#) bei einer Mieterhöhung zu berücksichtigen.

(3) Der [Mieter](#) hat dem [Vermieter](#) Umstände, die eine Härte im Hinblick auf die Duldung oder die Mieterhöhung begründen, bis zum Ablauf des Monats, der auf den Zugang der Modernisierungsankündigung folgt, in Textform mitzuteilen. Der Lauf der Frist beginnt nur, wenn die Modernisierungsankündigung den Vorschriften des § [555c BGB](#) entspricht.

(4) Nach Ablauf der Frist sind Umstände, die eine Härte im Hinblick auf die Duldung oder die Mieterhöhung begründen, noch zu berücksichtigen, wenn der [Mieter](#) ohne Verschulden an der Einhaltung der Frist gehindert war und er dem [Vermieter](#) die Umstände sowie die Gründe der Verzögerung [unverzüglich](#) in Textform mitteilt. Umstände, die eine Härte im Hinblick auf die Mieterhöhung begründen, sind nur zu berücksichtigen, wenn sie spätestens bis zum Beginn der Modernisierungsmaßnahme mitgeteilt werden.

(5) Hat der [Vermieter](#) in der Modernisierungsankündigung nicht auf die Form und die Frist des Härteeinwands hingewiesen (§ [555c Abs. 2 BGB](#)), so bedarf die Mitteilung des Mieters nach Absatz 3 Satz 1 nicht der dort bestimmten Form und Frist. Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend.

(6) § [555a Abs. 3 BGB](#) gilt entsprechend.

(7) Eine zum Nachteil des Mieters abweichende Vereinbarung ist unwirksam.